
Thema: Zugang für Alle: Wie auch Du vom Recht auf Information profitieren kann -
Andreas Pawelke
ZEIT: 15.45-16.45 Uhr
RAUM: D64 - Play 2

Inhalt:

Protokoll: Zugang für Alle

Referent: Andreas Pawelke – Open Knowledge Foundation

Protokoll: Roxana Erath

Andreas Pawelke von der Open Knowledge Foundation stellte in seinem Workshop die Onlineplattform „FragDenStaat.de“ vor, die Bürger*innen den Zugang zu Informationen auf bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene erleichtert.

Die Open Knowledge Foundation fördert Projekte wie „Jugend hackt“, „Code for Germany“ (hier werden Apps selbst entwickelt) und „FragDenStaat“, was sich als Informationsfreiheitsplattform in einem Wort zusammenfassen lässt. Doch es ist in Wirklichkeit weniger sperrig als das Wort vermuten lässt: Open Knowledge is Empowerment – oder Wissen ist Macht – ist das Motto der Organisation und basierend auf den grundgesetzlichen Freiheiten sollen die Bürger*innen hier ermutigt werden, von diesen auch regen Gebrauch zu machen. Der Art. 5 GG regelt den freien Zugang zu amtlichen Informationen in der BRD. Behörden auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene, Ministerien, Parlamente, Krankenkassen, Schulen, Krankenhäuser, Handels- und Berufskammern, Gerichte und öffentliche Unternehmen können hier angefragt werden. Die Liste ist lang, aber länderspezifisch. Grundsätzlich fällt aber jedes Dokument darunter, das nicht der Geheimhaltung unterliegt – Verträge, Gutachten, Studien, aber etwa auch Terminkalender von Repräsentant*innen oder Mahungen an ebendiese.

Informationsfreiheit in Aktion hat auch humoristische Element. So etwa im Fall der Berliner Partypolizisten, die Schlagzeilen bei ihrem G20-Einsatz in Hamburg gemacht haben. Der Untersuchungsbereich wurde von FragDenStaat angefragt und obwohl diese Anfragen i.d.R. kostenfrei sind, verlangte die Behörde in diesem Fall 100€. Das Geld war schnell durch eine Online-Spendenkampagne eingespielt und die Details des Untersuchungsberichts belustigend, blamabel und irritierend. Mit Kampagnen zur Informationsfreiheit will die Initiative Bürger*innen dazu bewegen, Anfragen zu stellen und so die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf das Thema Informationsfreiheit und Transparenz im größeren Stil lenken. Gemeinsam mit Foodwatch werden über „TopfSecret“ zum Beispiel Prüfberichte des Gesundheitsministeriums im Gastrobereich anfragbar oder über „Frag sie Abi!“ können Schüler*innen die Veröffentlichung von alten Abitursaufgaben erreichen.

Die Teilnehmer*innen werden ermutigt, selbst Anfragen über die Plattform zu stellen und sollen sich vorab folgende Gedanken machen:

- Welches konkrete politische Thema oder konkrete Entscheidung interessiert mich?
- Gibt es dazu Dokumente, die Informationen zur konkreten politischen/rechtlichen Ausgestaltung und/oder politischen Verantwortung enthalten?
- Bei welcher Behörde liegen diese Dokumente?

- Wurden diese Dokumente bereits veröffentlicht?
- Wie kann ich diese Dokumente so präzise wie möglich beschreiben?

Neben dem Informationsfreiheitsgesetz gibt es noch zwei weitere Gesetze, die den Bürger*innen Zugang zu Dokumenten verschaffen sollen: das Umweltinformationsgesetz und das Verbraucherinformationsgesetz. Beim Bundesamt für Risikobewertung hat FragDenStaat das Glyphosatgutachten angefragt, welches mit Urheberschutz auch an sie weitergegeben wurde. Eine Veröffentlichung wurde allerdings untersagt. Dennoch veröffentlichte FragDenStaat das Gutachten und nach ignorierten Unterlassungserklärungen ist der Fall beim Verwaltungsgericht Köln anhängig. Über einen Button auf der Homepage umging die Initiative die weitere Veröffentlichung, rief aber Bürger*innen dazu auf, dieses selbst anzufragen. Infolgedessen gingen 40.000 Anfragen ein, die die Behörde lahmzulegen drohten.

Anwendung

Einfache Anfragen sind kostenfrei, aber es wird den Behörden viel Ermessensspielraum eingeräumt. Häufig dauern Anfragen rund 6 Monate oder länger ehe sie komplett abgeschlossen sind.

Ziel ist es, die Informationsstrukturen des Staates zu verändern, indem die Öffentlichkeit und Plattformen wie „FragDenStaat“, dieses Thema auf Agenda setzt.